



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 84. Ratssitzung vom 31. Januar 2024

2788. 2023/33

### Postulat der AL-, SP- und Grüne-Fraktion vom 25.01.2023: Ausweitung des Mandats der Fachstelle für Gleichstellung um weitere Diskriminierungsformen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Moritz Bögli (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1308/2023): Gleichstellung und ein Leben frei von Diskriminierung ist ein Recht, das allen Menschen zusteht und darum in der nationalen und kantonalen Verfassung festgehalten ist. Die Stadt hat ebenfalls für rechtliche und tatsächliche Gleichstellung zu sorgen. Diskriminierung ist leider immer noch ein grosses Problem. Laut einer Studie der Universität Zürich fühlen sich 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung eindeutig oder teilweise exkludiert. Die Stadtzürcher Bevölkerung ist im Alltag von unterschiedlichsten Diskriminierungsformen betroffen. Der Antisemitismus steigt momentan. Die Zürcher Fachstelle für Gleichstellung (ZFG) gibt es seit 35 Jahren. Sie setzt sich für die Gleichstellung aller Geschlechter und der LGBTQ-Community ein. Seit einigen Jahren sind zwei Beauftragte eingestellt, die sich für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung einsetzen. Der Vorstoss möchte bereits existierende, vorbildliche Arbeit erweitern, damit sie Diskriminierungsformen erfassen kann, die in den bisherigen Strukturen nicht erfasst werden können. Diese Diskriminierungsformen sind oft intersektional. Das bedeutet, dass Menschen von mehreren Diskriminierungen gleichzeitig betroffen sind. Ein Beispiel: Weisse Frauen haben eine andere Lebenserfahrung als schwarze Frauen, da letztere auch noch aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert werden. Die ZFG versucht zwar, die verschiedenen Lebensrealitäten von Frauen zu berücksichtigen, aber dafür sind weder ihre Expertisen noch ihre Ressourcen ausreichend. Diskriminierung muss zwingend gesamtheitlich und intersektional bekämpft werden. Dafür muss die Fachstelle erweitert werden. Damit sie von der Mehrarbeit nicht überlastet wird, braucht es zusätzliche Stellen und ein angemessenes Budget.*

***Stefan Urech (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. Februar 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP glaubt nicht daran, Menschen nach ihrem Aussehen zu beurteilen oder danach, mit wem sie schlafen. Man sollte sie nicht in Schubladen einteilen. Moritz Bögli (AL) hat gesagt, dass die Fachstelle seit 35 Jahren vorzügliche Arbeit leiste. Dafür gibt es wenig Beweise. Ursprünglich war*



*es ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich der Anteil an Männern und Frauen in Kaderpositionen ausgleicht. Wirklich beeinflussen kann sie das nur bei der Stadt. Schaut man sich die Besetzungen der Kaderstellen an, merkt man schnell, dass das Ergebnis der Arbeit der ZFG mickrig ist. Der Frauenanteil in Kaderpositionen ist nur um ein paar Prozent gestiegen, vor allem in den Departementen, in denen der Frauenanteil sowieso hoch ist. In den technischen Jobs, wie im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, ist der Frauenanteil in der obersten Kaderstufe von 2016 bis 2018 von 16 Prozent auf 12,5 Prozent gefallen. Das Ziel von 35 Prozent wurde klar verfehlt. In den Schulen ist es umgekehrt. 80 Prozent der Menschen im Lehrerberuf sind Frauen. In der Führungsetage sind es trotzdem nur 9,1 Prozent. Die Fachstelle ist also kein Erfolgsprojekt, das ausgebaut werden muss. Sie hat nicht einmal ihr ursprüngliches Ziel erreicht.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Das Diskriminierungsverbot und die Rechtsgleichheit gehören zu den zentralen Grundsätzen der Menschenrechte. An diesen Grundsätzen orientiert sich sowohl die Bundesverfassung als auch die Zürcher Kantonsverfassung. Alle staatlichen Stellen haben das Diskriminierungsverbot und das Gleichstellungsgebot zu beachten und umzusetzen. Das betrifft die rechtliche und die tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Lebensbereichen. Dafür sieht das Gleichstellungsgesetz beispielsweise sogenannte positive Massnahmen vor. Wenn also in einer Schule Männer beim Betreuungspersonal untervertreten sind, darf eine Arbeitgeberin bei gleichen Kompetenzen den männlichen Bewerbenden den Vorzug geben. Der Stadtrat hat schon früh in die Gleichstellung von Mann und Frau investiert. Die Fachstelle für Gleichstellung geniesst heute ein grosses Renommee. Der Anteil an Frauen und Männern in städtischen Kaderpositionen hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. In Departementen, wo Frauen übervertreten sind, steigt die Anzahl Männer, und umgekehrt. Die Zahlen sind im Geschäftsbericht nachzulesen. Das verdanken wir konsequenter und ausgezeichneter Arbeit der Departemente im Rahmen des Gleichstellungsplans. Selbstverständlich ist es leider so, dass wir noch nicht überall Gleichstellung erreicht haben. Gerade in technischen Dienstabteilungen ist es unglaublich schwierig. Wir sind aber auf dem richtigen Weg, unter anderem weil die ZFG schon früh damit begonnen hat, sich mit Intersektionalität auseinanderzusetzen. Darum geht es auch im Postulat. Die Angebote der Fachstelle sollen so ausgestaltet sein, dass sie sich an unterschiedliche Zielgruppen richten. Es gibt beispielsweise Selbstverteidigungskurse für Frauen, für Frauen mit Migrationserfahrung und für Women of Color, aber auch für Frauen im Rollstuhl. Die ZFG arbeitet immer häufiger intersektional. Sie kann das aber aufgrund fehlender Ressourcen und aus Zuständigkeitsgründen nur bis zu einem gewissen Punkt. Hier setzt das Postulat inhaltlich an. Der Stadtrat teilt das berechnigte Anliegen und ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Falls es uns überwiesen wird müssen wir insbesondere prüfen, welche strukturelle und organisatorische Form für eine wirksame und nachhaltige Diskriminierungsbekämpfung und für die Förderung der faktischen Gleichstellung geeignet ist. Dasselbe gilt für die städtische Verwaltung. Wir werden prüfen, wie bestehende Ressourcen sinnvoll eingesetzt und Abläufe und Prozesse zielgerichtet weiterentwickelt werden können, um diese Ziele zu erreichen.*



*Wichtig ist auch festzulegen, welches Fachwissen notwendig ist, unter Berücksichtigung der Diskussion auf internationaler Ebene. Natürlich hat eine solche Ausweitung des Mandats ihren Preis. Das gilt für das Budget und die Personalressourcen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Serap Kahriman (GLP):** *Wir unterstützen das Postulat nach langer Diskussion. Wir haben keine inhaltliche Kritik. Intersektionalität ist uns wichtig. Wir möchten nur nicht, dass die Ausweitung die Hauptaufgabe der Fachstelle, die Gleichstellung von Mann und Frau, verwässert. Dieses Ziel ist noch nicht erreicht. Wir hoffen, dass das sichergestellt wird, falls der Stadtrat das Postulat entgegennimmt. Dass in Kaderpositionen keine Gleichstellung besteht, zeigt, dass es die Fachstelle braucht, nicht, dass ihre Existenz nichts bringt.*

**Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne):** *Solange wir keine Gleichstellung haben, braucht es Bemühungen für weniger Diskriminierung. Diskriminierung und fehlende Gleichstellung zeigen sich in verringerter Zugänglichkeit, dem Verweigern von Dienstleistungen, Stereotypen, ungleicher Behandlung und Benachteiligung. Fehlende Gleichstellung nährt Gewalt aller Art. Die Fachstelle hilft, dies zu bekämpfen. Sie übernimmt in Zürich eine wichtige Rolle bei der Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung. Sie ist eine wichtige Anlaufstelle für Privatpersonen, Unternehmen, Mitarbeitende der Stadt Zürich und die Verwaltung für Fragen aller Art zum Thema Gleichstellung sowie für spezifische Beratungen. Diskriminierung geschieht aber auch aufgrund von Rassismus oder Ableismus. Für Menschen, die von Diskriminierung dieser Art betroffen sind, gibt es in Zürich bereits Anlaufstellen. Diese leisten wichtige Arbeit. Trotzdem braucht es Anlaufstellen, die an der Intersektion von Diskriminierungen ansetzen. Eine schwarze lesbische Frau erlebt andere Formen von Diskriminierung als eine weisse trans Frau oder ein schwarzer Mann. Das soll nicht zusätzlich schubladisieren, sondern erlauben, verschiedenen Lebensrealitäten gerecht zu werden. Es macht Sinn, dafür zusätzliche Kompetenzen zu schaffen und Ressourcen bereitzustellen, um Gleichstellung ganzheitlich zu fördern.*

**Tamara Bosshardt (SP):** *Das Postulat ist sinnvoll, da die Identität von Menschen nicht immer in binäre Kategorien fällt. Jeder Mensch wird von der Kombination seiner verschiedenen Merkmale ausgemacht. Das bedeutet, dass wir alle mit unterschiedlichen Lebensrealitäten konfrontiert sind. Die Bevölkerungsumfrage der Stadt Zürich zeigt, dass junge Menschen, Frauen und Personen ohne Schweizerpass im Durchschnitt mehr Diskriminierung erleben als ältere Menschen, Männer und Schweizer\*innen. Das sind wichtige Erkenntnisse. Es wird noch genauer: Frauen erleben zum Beispiel häufiger Diskriminierung wegen ihrem Geschlecht, am Arbeitsplatz und im Alter. Die Männer werden häufiger wegen ihrer Nationalität, Sexualität und bei der Wohnungssuche diskriminiert. Je nach Alter, Geschlecht und Kombination von verschiedenen Merkmalen sind Menschen im Alltag mit unterschiedlichen Hürden konfrontiert. Das soll die Fachstelle für Gleichstellung angemessen berücksichtigen können. Spezialisierte Organisationen haben wichtige Perspektiven, aber reichen nicht aus, weil sie sich auf bestimmte Merkmale spezialisiert haben und auf intersektionelle Themen nicht ideal eingehen können. Eine erweiterte*



*Fachstelle für Gleichstellung kann sich mit den Gemeinsamkeiten von verschiedenen Diskriminierungserfahrungen befassen und übergeordnete Lösungen erarbeiten. Ausserdem kann sie das Zusammenspiel von verschiedenen Diskriminierungsformen besser verstehen. Das ist wichtig, um mit effektiven Massnahmen am richtigen Ort ansetzen zu können. Die kantonale Stelle reicht nicht aus, weil wir Diskriminierung auf allen Ebenen begegnen müssen. Wir können die Aufgabe nicht auf den Kanton abwälzen, sondern müssen auf der städtischen Ebene einen sinnvollen Beitrag leisten. Diskriminierung zu bekämpfen heisst, sich für ein gutes Leben für alle Menschen einzusetzen.*

**Yasmine Bourgeois (FDP):** *Den Gemeinden reicht die kantonale Fachstelle. Für die Stadt sollte es gleich sein. Grundsätzlich ist es nicht falsch, alle Formen von Diskriminierung anzuschauen. Eine neue Stelle braucht es dafür nicht. Der Tätigkeitsbereich der Fachstelle ist heute schon viel zu gross. Die Verdienste der Fachstelle sind überschaubar. Zudem gibt es bereits diverse Fachstellen, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen oder Beratung anbieten; zum Beispiel die Zürcher Anlaufstelle für Rassismus, die zur Integrationsförderung der Stadt Zürich gehört, die Schlichtungsbehörde nach Gleichstellungsgesetz bei Diskriminierung am Arbeitsplatz und das Online-Beratungsangebot [belastigung.ch](http://belastigung.ch). Es gibt diverse Leitfäden und Merkblätter zu Belästigung am Arbeitsplatz für Führungskräfte, Mitarbeitende und Lernende. Wir haben eine Textänderung eingereicht, die den letzten Satz des Postulats streicht: «Die Erweiterung soll mit zusätzlichen Stellen und angemessenem zusätzlichem Budget realisiert werden.» Für das Anliegen braucht es keine zusätzliche Stelle. Ohne die Textänderung lehnen wir den Vorstoss ab.*

**Roger Föhn (EVP):** *Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt die Ausweitung des Mandats der Fachstelle. Trotzdem lehnen wir das Postulat ab. Wir möchten keine neuen Stellen schaffen. Die Forderung kann mit dem bestehenden Personal erfüllt werden.*

**Stefan Urech (SVP):** *Die SVP ist die einzige Partei in diesem Rat, die sich explizit von der Ideologie der Intersektionalität distanziert. Das ist ein perfides und gefährliches Gedankengut, das aus den USA importiert wurde. Diese Weltanschauung sieht alle ausser weisse Männer als Opfer. Allen wurde irgendetwas genommen, alle fühlen sich irgendwie benachteiligt. Es ist eine Ideologie, die gerade für unsere Jugend gefährlich ist. Frauen seien benachteiligt, schwarze Frauen doppelt und lesbische schwarze Frauen dreifach. Intersektionalität liefert eine Entschuldigung für alles, was im Leben nicht gut läuft. Die Ideologie ist voller Widersprüche. Die Linke fordert seit Jahren, dass Menschen nicht aufgrund ihrer Merkmale bewertet oder in eine Schublade gesteckt werden. Nun tut sie genau das. Es ist das Gegenteil von Vereinigung, Integration und Gleichstellung. Wie das Punktesystem funktionieren soll, kann mir keiner genau erklären, weder die Gemeinderäte noch die Fachstelle. Bin ich diskriminiert, weil ich Halbspanier bin, oder doch nicht, weil ich ein Mann und heterosexuell bin? Wieviel Prozent meines Erfolgs im Leben erklärt meine Hautfarbe und mein Geschlecht? Die Fachstelle weiss übrigens nicht einmal, wie viele Geschlechter es geben soll. Gemäss Tiktok sind es über siebzig. Die Chefin der Gleichstellung hat auf meine Frage nur mit den Schultern gezuckt. Es ist absurd, diese*



5 / 5

*Stelle mit noch mehr Steuergeldern zu erweitern. Wir distanzieren uns von der gefährlichen diskriminierenden und rassistischen Ideologie der Intersektionalität.*

**Sophie Blaser (AL):** *Die Gesellschaft entwickelt sich konstant weiter. Wir sehen und schätzen die Arbeit der ZFG. Ein Ende ihrer Arbeit ist noch lange nicht in Sicht. Grundrechte müssen nicht mehr verhandelt werden, aber als Gesellschaft und als Stadt müssen wir weiter lernen, ihre Einhaltung sicherzustellen. Es ist die Aufgabe der Stadt und der Verwaltung, zu sensibilisieren und dafür einzustehen, dass die Stadt und alle ihre Dienstabteilungen nicht diskriminieren. Alle, die sich in der Stadt aufhalten und für sie arbeiten, müssen aktiv geschützt werden. Momentan passiert das strategisch nur im Hinblick auf Geschlecht, Identität und sexuelle Orientierung. Die Arbeit ist wichtig und richtig, aber leider lückenhaft. Für die AL ist es zentral, die ZFG um weitere Diskriminierungsformen zu erweitern. Laut Bundesverfassung ist es die Aufgabe der Stadt, sich so gut wie möglich für ihre Mitarbeitenden und Bewohner einzusetzen und sicherzustellen, dass ihre Anliegen ernstgenommen werden. Die Textänderung der FDP lehnen wir ab.*

Das Postulat wird mit 74 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat